

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

52 (26.11.1947)

Süddeutsche Allgemeine

Ercheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM — 30, monatlicher Bezugspreis RM 2.20 (inkl. RM — 20 Trägergebühr, bei Zustellung durch die Post RM 2.60 zuzüglich Zustellgebühr.

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Anzeigenpr.: Die 35 mm br. Nonp-Zelle Karlsruher Ausgabe RM 1.80; Pforzheimer Ausgabe und Württembergisches Abendblatt je RM 1.—; Gesamtausgabe RM 2.—; Amtl. Anzeigen 50% Nachsl.

1. Jahrgang / Nummer 52

Mittwoch, den 26. November 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Die Zeit der Entscheidung ist gekommen

Beginn der Konferenz der Außenminister in London



Bevin, der englische Außenminister, der bei der Eröffnungssitzung den Vorsitz führte, schlug vor, daß die täglichen Sitzungen des Rates drei Stunden dauern sollten. Dieser Vorschlag soll von den vier Außenministern angenommen worden sein. Die ersten Punkte der Besprechung der Außenminister betrafen sich ganz allgemein mit der Tagesordnung.



Bidault, der französische Außenminister, wurde bei seiner Ankunft ansehend von der Menge nicht erkannt. Er lächelte den wartenden Zuschauern zu und begab sich sofort mit seiner Begleitung in das Konferenzgebäude. Da gegen wurde der britische Außenminister Bevin mit Jubel begrüßt, der sich aber noch steigerte, als Marshall sichtbar wurde. Der amerikanische Außenminister begrüßte lächelnd zur Menge.



Marshall, der amerikanische Außenminister, führt den ganzen Tag einzelne und gemeinsame Besprechungen mit seinen höchsten Besatzern. Eine dreistündige Konferenz mit Botschafter Lewis Douglas, John Foster Dulles, General Lucius D. Clay und Botschafter Robert



Murphy fand anlässlich eines Frühstückes in der amerikanischen Botschaft statt. General Clay soll dem amerikanischen Außenminister ferner mitgeteilt haben, daß nach seiner Ansicht der Abschluß eines Separatfriedens mit Westdeutschland unerwünscht ist, da sich damit in Deutschland eine Kluft aufbaue, die kaum mehr zu überbrücken wäre. Es wird angenommen, daß Clay die Errichtung einer westdeutschen Regierung allein für interne wirtschaftliche und politische Fragen vorschlägt.



Molotov, der russische Außenminister, war in einer großen schwarzen Limousine vor dem Lancaster Haus vorgefahren, auf deren Kühlerhaube Hammer und Sichel aufgemalt waren. In seiner Begleitung befand sich Marschall Wassilij Sokolowski, der oberste Oberbefehlshaber in Deutschland. Wie immer sind die Pläne der Sowjets vom Geheimnis umwittert. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sie nicht nur auf ihrem Moskauer Standpunkt verharren, sondern diesen noch mit größerer Schärfe vertreten werden. Man befürchtet ferner, daß der sowjetische Außenminister Molotov eine Konferenz von langer Dauer für eine Propagandafeldzug benutzen und den deutschen Volk das sowjetische Programm einer starken deutschen Zentralregierung immer wieder vortragen wird. (sp.)

London, 25. Nov. (Dena) Die Londoner Außenministerkonferenz wurde laut BBC am Dienstagmittag um 16.30 Uhr MEZ eröffnet.

Das unmittelbare Ziel der Konferenz besteht darin, ein Uebereinkommen zu erzielen, das als Ausgangsbasis zu weiteren Verhandlungen über die Friedensverträge mit Deutschland und Oesterreich dienen kann.

Als erster trat laut Reuter Molotov im Lancasterhaus, wo die Konferenz tagt, ein. Unmittelbar danach folgten hintereinander Bidault, Bevin und Marshall. Drei Minuten vor dem offiziellen Konferenzbeginn um 16.30 Uhr waren alle vier Außenminister in der Vorhalle des Lancasterhauses versammelt.

Erster Konferenztag - Festsetzung der Tagesordnung

London, 25. Nov. (Dena-Reuter) Die vier Außenminister kamen auf ihrer ersten Sitzung überein, den 49-Jahre-Vertragentwurf für eine Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands, der von Außenminister Marshall vorgelegt worden war, auf ihre Tagesordnung zu setzen. Sie beschlossen ferner, eine Liste von sechs Punkten in die Tagesordnung aufzunehmen, konnten sich jedoch nicht über die Reihenfolge einigen, in der diese Probleme erörtert werden sollen. Es handelt sich um vier Punkte, über welche die Außenminister-Stellvertreter kürzlich bereits Uebereinstimmung erzielt, sowie um zwei weitere Fragen.

Die kürzlich vereinbarten Punkte sind: 1. Bericht der österreichischen Staatsvertragskommission. 2. Die zukünftige provisorische politische Struktur Deutschlands. 3. Wirtschaftliche Prinzipien für die künftige Struktur des deutschen Staates. 4. Das Verfahren für die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrags. Ueber diesen vierten Punkt einigten sich die Außenminister auf die folgende abgeänderte Form: „Vorbereitung des deutschen Friedensvertrags (Grenzen und Verfahren)“. Dies bedeutet, daß der französische Vorschlag zur Erörterung

der deutschen Grenzen mit einbezogen wurde.

Dazu kommen folgende Punkte, welche die Außenminister erstmalig auf ihrer Eröffnungssitzung festlegten: Ein sowjetischer Vorschlag zur Erörterung eines Viermächtevertrages zur Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands, wie er kürzlich zuerst von Außenminister James F. Byrnes, dem Vorgänger Marshall, vorgeschlagen worden war, und ein weiterer sowjetischer Vorschlag zur Diskussion der Frage, inwieweit die auf der Moskauer Außenministerkonferenz getroffenen Entscheidungen über die Entmilitarisierung Deutschlands durchgeführt werden sind.

Die Außenminister beschloßen, täglich um 16.30 Uhr zusammenzutreten und nach Möglichkeit jede Sitzung bis 19.30 Uhr zu beenden.

Die Eröffnungssitzung am Dienstag dauerte drei Stunden.

Besprechung Bevin — Molotov

London, 25. Nov. (Dena-Reuter) Außenminister Bevin und der sowjetische Außenminister Molotov waren sich, wie amtlich bekanntgegeben wurde, in ihren

Vorbesprechungen darüber einig, daß es wichtig ist, ein Viermächteabkommen über Deutschland auf der Außenministerkonferenz zu erzielen. — Ein Sprecher des britischen Außenministeriums betonte, daß die Besprechungen zwischen den beiden Staatsmännern in freundlichem Tone verliefen, lehnten es aber ab, über die Unterredung Bevin mit Außenminister Marshall eine Erklärung abzugeben.

Kurz vor Konferenzbeginn hatten sich fünf britische Ehemänner russischer Frauen eingefunden, deren Ehefrauen bisher nicht gestattet wurde, nach Großbritannien zu gehen. Die Männer trugen Plakate, auf denen in englisch und russisch stand: „Wir sind britische Ehemänner ohne unsere russischen Ehefrauen“. Die Polizei hinderte sie, in die Nähe Molotows zu gelangen.

Hamburg, 25. Nov. (AP) Eine Rundfrage der britischen Militärregierung zur Erforschung der öffentlichen Meinung ergab, daß nur 3 Prozent der befragten Deutschen keine Hoffnung auf einen Erfolg der Londoner Außenministerkonferenz hatten.

Oesterreich fühlt sich benachteiligt

Wien, 25. Nov. (Dena-INS) Der österreichische Bundespräsident Karl Renner erklärte in einem über den amerikanischen Lizenzierten österreichischen Rundfunk verbreiteten Interview, Oesterreich fühle sich benachteiligt, weil es, obwohl es das erste Opfer Hitlers war, erst als letzter Staat seine Rechte eingekündigt erhalte. Zwar stehe die Welt erstens den Problemen, als dem Österreichischen gegenüber, aber Oesterreich wünsche die Welt davon zu überzeugen, daß es nicht als Wendepunkt der internationalen Beziehungen dienen wolle. Oesterreich sei zu klein, um noch weiterhin aufgeteilt zu werden. Seit 2 1/2 Jahren sei es bereits in vier Teile geteilt. Diesem Zustand müßte die Großmächte nunmehr ein Ende bereiten.

5 Minuten Arbeitsruhe in Oesterreich

Wien, (Dena-Reuter) Die österreichischen Arbeiter legten Dienstag-Mittag für fünf Minuten die Arbeit nieder, um einen durch den Rundfunk verbreiteten Aufruf des Präsidenten des österreichischen Gewerkschaftsverbandes Johann Boehm zu hören, der die Arbeiter der Welt aufforderte, Oesterreich frei und unabhängig zu machen. Boehm hob hervor, die österreichischen Arbeiter legten ihre Arbeit nicht aus Protest nieder, sondern um zu zeigen, daß sie ihr Schicksal mit dem ihres Landes als untrennbar verbunden erachteten.

Rheinstraßpläne

Aachen, 25. Nov. (Dena) Die Errichtung eines unabhängigen Rheinlandes und den wirtschaftlichen Anschluß dieses Landes an die „Benelux“ (belgisch-holländisch-luxemburgische Zollunion) bezeichnete die „Rheinische Union“, die sich nach Spaltung des „Rheinischen Volkspartei“ vor etwa einem halben Jahr neu gebildet hatte, in einer Mitteilung als ihr Ziel. Als politisches und wirtschaftliches Endziel erstrebt sie eine Europäische Union.

Gesetzesentwürfe des Arbeitsministers

Stuttgart, 25. Nov. (Klg. Ber.) Der würt.-bad. Arbeitsminister Rudolf Kohl hat dem Kabinett einen Gesetzesentwurf über allgemeinen Kündigungsschutz und den Kündigungsschutz für Betriebsräte zur Weiterleitung an den Landtag vorgelegt. Das Gesetz soll die Lücke schließen, die seit der Aufhebung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit (Kontrollratsgesetz Nr. 46) entstanden ist, und jenen Rechtszustand wieder begründet war. — Weiter sollen dem Kabinett in Bilde folgende Gesetzesentwürfe vorgelegt werden: Ein Tarifvertragsgesetz, ein Gesetz zur Änderung der Arbeitsplatzwechselverordnung, ein Gesetz für sozialen Ausgleich infolge der Demontage und Ausführungsverordnungen zum Arbeitsverpflichtungsgesetz sowie zum Kündigungsschutzgesetz für politisch Verfolgte. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung sind dem Landtag verschiedene Gesetzesentwürfe zur Beratung überwiesen. Der Länderrat befähigt sich ebenfalls mit mehreren Gesetzen dieses Sektors, die in allerhöchster Zeit erledigt werden.

Darré gegen Himmler

Nürnberg, 25. Nov. (Dena) Die Siedlungsgesellschaften im Osten seien als „Kampfmittel“ des Ernährungsministers Walter Darré gegen Himmler begründet worden, erklärte in der Verhandlung des Prozesses gegen das Rasse- und Siedlungshauptamt in Hauptangeklagte Ulrich Greifelt in Fortsetzung seiner Aussagen als Zeuge in eigener Sache. Darré habe dadurch versucht, Himmler aus den Aufgaben der Siedlungsgesellschaften und ihren Gebieten zu verdrängen. Über die Einziehung des landwirtschaftlichen Besitzes in Polen sagte Greifelt, daß die Eigentumsrechte der Umsiedler bei den beschlagnahmten Grundstücken sowie der gewerblichen Betriebe erst nach dem Kriege habe geregelt werden sollen. Greifelt gab zu, daß in Polen etwa 240 bis 280 000 Hektar Boden für die Errichtung von Truppenübungsplätzen, sowie Flugplätze verwendet worden seien. Die Beschlagnahme von Kirchenvermögen habe einer gesetzlichen Regelung und besonderen Behandlung der „Pöbelkanzlei“ und des „Reichsicherheitshauptamtes“ unterliegen.

Ein symbolisches Hochzeitsgeschenk

Düsseldorf, 25. Nov. (Dena) Ein Picknick mit der Tagession eines Normalverbrauchers im Ruhrgebiet stand der Ortsausflug Düsseldorf der christlichen Arbeiterjugend als Hochzeitsgeschenk an Prinzessin Elizabeth von England in einem Begleitbrief wird das Picknick als „symbolisches Geschenk“ bezeichnet, das nicht als Ausdruck bitteren Vorwurfs betrachtet werden solle, sondern als ehrlich gemeinter Glückwunsch zugleich aber als ein Appell an das Verständnis der Prinzessin für die deutsche Not und an das Gerechtigkeitsgefühl des ganzen englischen Volkes.

Neues Kabinett unter Robert Schumann

Erste Aufgabe: Lösung des Lohn- und Preisproblems

Paris, 25. Nov. (Ap.) Am Montag kurz nach Mitternacht stellte Ministerpräsident Robert Schumann dem Staatspräsidenten Auriol sein neues Kabinett vor. In letzter Minute lehnte Leon Blum dem ihm angetragenen Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten ab. Das von Schumann bekanntgegebene Kabinett besteht aus 5 Volkrepublikanern, 5 Sozialisten, 1 Radikal-Sozialisten und einem unabhängigen Republikaner. Alle 5 Sozialisten gehören dem rechten Flügel der Partei an.

Erste Kabinettsitzung

Paris, 25. Nov. (Dena-Reuter) Das neue französische Kabinett gab nach einer einstündigen Kabinettsitzung seinen Entschluß bekannt, das Lohn- und Preisproblem, die Ursache der gegenwärtigen Streiks in Frankreich, umfassend zu lösen. Ferner werde die Regierung Vorkehrungen zur Wiederherstellung der

öffentlichen Ordnung und der Freiheit zur Arbeit treffen. Staatssekretär Pierre Abelin, Sprecher der Regierung, erklärte, es werde voraussichtlich eine allgemeine Erhöhung der Löhne erfolgen.

Ein Anti-Streikprogramm

Paris, 25. Nov. (Dena), Vorläufige Berichte über die erste Sitzung des neuen Kabinetts in Frankreich weisen darauf hin, daß Premierminister Robert Schumann ein Anti-Streikprogramm vorbereitet, das folgende 3 Punkte enthält: 1. Erhöhung der Maximum-Löhne; 2. sofortige Sicherstellung der Lebensunterhaltskosten; 3. Erhöhung der monatlichen Familienrenten; 4. Regelung des Streikrechtes im Hinblick auf die Arbeitsfreiheit; 5. Durchführung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit.

Schumann wird ferner eine Preisrevision durchführen und außerdem die Na-

tionalversammlung zur Verabschiedung eines Gesetzes über die Begrenzung des Streikrechtes für Angestellte öffentlicher Dienste auffordern.

Die Forderungen des CGT

Paris, 25. Nov. (Dena). Benoit Frachon, der Generalsekretär des französischen allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT), erklärte nach einer Unterredung mit Ministerpräsident Robert Schumann, er habe erstens eine sofortige 3prozentige Lohnerhöhung mit der Garantie, daß diese nicht durch eine gleichzeitige Steigerung der Lebenshaltungskosten illusorisch gemacht würde, und zweitens eine Überprüfung der Löhne nach Ablauf von jeweils drei Monaten gefordert. Schumann habe versprochen, diese Forderungen zunächst in engerem Kreis und am Mittwoch mit dem gesamten Ministerrat zu erörtern. Gleichzeitig erklärte Leon Jouhaux, ebenfalls Generalsekretär des CGT, die Forderungen der Arbeiter müßten in die gesamtwirtschaftlichen Maßnahmen einbezogen werden, die zu treffen seien. Bis zum Mittwoch müßten dem Gewerkschaftsbund die von der Regierung bewilligten Mindestsätze bekanntgegeben werden.

Allgemeiner Eisenbahnerstreik ausgerufen

Paris, 25. Nov. (AP) Der Verband der Eisenbahner Frankreichs hat am Dienstagabend alle Eisenbahnarbeiter zum Streik aufgerufen.

Das dänische Regierungsprogramm

Kopenhagen, 25. Nov. (Dena-Reuter) Der dänische Premierminister Hans Hedtoft erklärte in seiner politischen Programmklärung vor dem Parlament, die neue sozialistische Regierung Dänemarks „werde keine Änderung des gegenwärtigen politischen Staates von Süd-Schweswig vorschlagen“. In seiner Rede bestätigte Hedtoft die in der dänischen Note an Großbritannien (Oktober 1946) dargelegte Politik, wonach Dänemark nicht die Enverleibung Süd-Schweswigs wünsche, sondern nur „bürgerliche und demokratische Rechte für die in diesem Gebiet lebenden Dänen“. — Über die wirtschaftliche Lage sagt der Premierminister, ein Sonderbudget würde in Kürze zur Vorlage kommen. Dänemark könne nicht weiter ein Außenhandels-Defizit in Höhe von 1700 Millionen Kronen wie während der vergangenen zwei Jahre tragen. Hedtoft gab Maßnahmen zur Erhöhung der Exporte bekannt. Die Regierung sei bereit, sagte er, nicht nur direkte Steuern auszuschießen und die Staatsausgaben zu decken. Sie werde sich ferner mit dem Problem der Kartelle und Monopole befassen.

Welt-Rundschau

LONDON (Dena-DEP). Meldungen, wonach die argentinische Regierung Forderungen im Werte von 125 Millionen Pfund Sterling verhandelt oder ihre Verbrennung beschließt, treffen nach Mitteilung der argentinischen Botschaft in London nicht zu.

PARIS (Dena-INS). Der Weltgewerkschaftsbund beschloß seine Annahme der internationalen Arbeitsamt zu beantragen.

MARSEILLE (AP). Ein französischer Militärlastwagen überrollte sich bei Beaumont auf der Straße nach Tonon und stürzte in einen Graben. 11 Soldaten kamen dabei ums Leben und 31 wurden verletzt. Die Soldaten waren erst in der vergangenen Woche wegen der schwierigen politischen Lage und der Massenstreiks zum Heeresdienst einberufen worden.

KOPENHAGEN (Dena-Reuter). Die dänische Polizei ist einer ausgedehnten illegalen Organisation zum Scheitern gekommen, die nach Argentinien auf die Spur gekommen. Die Festnahme eines Deutschen mit einem gefährlichen Paß auf dem Flughafen Kastrup bei Kopenhagen führte zur Aufdeckung der Organisation, die zahlreiche Zweigstellen in Schweden haben soll.

ANTWERPEN (AP). Nur mit Hilfe von zwei Fliegern pro Kopf konnten sich die Antwerpener Zutritt zu der Fremden des Flies „Das Ei und ich“ verschaffen, deren Erlös einem Kinderkreisläufer zugute kommt. Die Polizei mußte zu Hilfe eilen, um die vielen Entzifferer vor der Verlockung zu bewahren, die innerhalb der langen Schlängen der Eintittsuchenden hart bedrückt wurden.

MOSKAU (Dena-Reuter). Das sowjetische Außenministerium verständigte die kanadische Botschaft in Moskau, daß J. M. Weid und A. W. Clabon, Mitglieder der kanadischen Mission in Berlin, die kürzlich in Kaliningrad festgenommen wurden, freigelassen seien und die Rückreise nach Berlin angetreten hätten. — Radio Moskau hatte am vergangenen Freitag in einem Bericht aus Kaliningrad behauptet, die sowjetische Grenze sei durch Mitglieder der kanadischen Militärmission in Berlin „verletzt“ und zwei Personen von den sowjetischen Grenzwachposten festgenommen worden.

ROM (Dena-Reuter). Neue Unruhen sind, wie die römische Abendzeitung „Momenta“ berichtet, am Dienstag in Dipignano, südwestlich von Cesena (Calabria), ausgebrochen, wo die Polizei das Feuer auf die als Demonstranten das Bild der „Jedermann“ stürmten. Einer der Demonstranten soll getötet, ein weiterer schwer verwundet worden sein.

TRIEST (Dena). Das Hauptquartier der britischen Streitkräfte in Italien gab bekannt, daß die Rückführung der britischen Truppen aus Italien auf Grund der Bestimmungen des italienischen Friedensvertrages am 3. Dezember abgeschlossen sein wird.

BEIGRAD (Dena). Die jugoslawische Regierung wird die von Weltweitheitsrat eingeworfene Balkan-Sonderkommission zur Überwachung der nördlichen Grenze Griechenlands niemals anerkennen.

WIEN (Dena-Reuter). Der Exekutiv-Ausschuß des Alliierten Kontrollrates für Oesterreich tagte vier Stunden ohne eine Entscheidung darüber zu erreichen, ob die österreichische Regierung das Gesetz über die Währungsreform sofort in Kraft setzen kann.

WIEN (Dena). Die ersten der 443 Werkzeugmaschinen, die ein Geschenk der britischen Regierung an Oesterreich sind, wurden in Wien feierlich übergeben. Es handelt sich hauptsächlich um Maschinen amerikanischer Herkunft mit einem Gesamtwert von etwa 11 Millionen Schilling.

BUKAREST (Dena-Reuter). Der frühere rumänische stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister, Georgi Tatarescu wurde seines Postens als Vorsitzender der rumänischen national-liberalen Partei enthoben.

NANKING (Dena). Die chinesischen Kommunisten eröffneten laut Radio Brazzaville zwei großangelegte Offensiven gegen das wichtigste Yangtze-Hafen und gegen Fongting, die Hauptstadt der Provinz Hopek, 110 km südwestlich von Peking. Damit ist die 18-tägige Kampagne an den Fronten südlich der großen chinesischen Mauer abgeschlossen.

SAN DIEGO (Kalifornien) (Reuter). Das größte Landflugzeug der Welt mit einem Fassungsvermögen von 400 Passagieren unternahm seinen ersten Probeflug.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US-WB 112. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Telefon 2901 und 2902. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 28.

Umwege zum Kompromiß

Was halten die Deutschen von der Arbeit der Staatsmänner? Vielleicht bleibt ihnen nur übrig abzuwarten, was die großen Akteure in London beschließen — oder nicht beschließen. Vielleicht ist überhaupt nur noch eine Möglichkeit übrig: daß jene zuerst ihren eigenen Frieden schließen und dann erst den mit Deutschland. Vielleicht ist es gar nicht wahr, was immer ausgesprochen wird, das Wort von den zwei Möglichkeiten: entweder Annäherung oder Trennung der deutschen Hälften, gleichgültig, was das deutsche Volk davon hält. Also was halten die andern davon — müßte man fragen?

Ist das richtig, dann wäre zu vermuten, daß, mit der Londoner Konferenz oder ohne sie, die beiden Staatengruppen ihre Stellungen genauer abstecken und Tatsachen schaffen, welche der andere dann nicht mehr übersehen kann. Wer so spricht, meint damit innerhalb Europas eine westdeutsche Regierung mit eigener Währung auf der Grundlage eines gemäßigten Liberalismus, der ein ostdeutscher Staat, ebenfalls mit eigenem Geld, aber einer orthodox marxistischen Organisation gegenübersteht. Er denkt diese Entwicklung aber auch schon weiter, indem er sich einen politischen Zusammenschluß der Staaten Westeuropas vorstellt, eine Situation also, wie zum Beispiel Churchill sie nicht ohne bestimmte Aussichten anstrebt. Dieser westlichen Lösung würde eine östliche entsprechen, eine Zusammenarbeit der mit Rußland sympathisierenden Staaten. Das Ganze eine Stufe der Teillösungen mithin. Und in beiden Lagern wäre Deutschland vertreten.

Es gibt deutsche Befürworter dieser Entwicklung. Sie billigen die nervös anmutende Tätigkeit nicht, die in den letzten Monaten von München, Stuttgart und Berlin aus entfaltet wurde, und die davon ausging, daß es einer deutschen Demonstration zur Einheit bedürfe. Denn sie halten diese Aktivität für unlogisch. Sie erkennen in der Bildung zweier deutscher Verwaltungen das nunmehr einzig mögliche Mittel, nach einer vollzogenen Spaltung Deutschlands den wirtschaftlichen Widerstand solcher Spaltung klar zu erkennen und auch bei den wahren und heimlichen Feinden der Einheit künftig einen ehrlichen Willen zum ganzen Deutschland zu wecken. Nach einer solchen Entwicklung, so rechnen sie, ließe sich dann das gegenwärtige Stadium von London: Marshall gegen Molotowplan in die Lösung englischer Staatsmänner überführen, die unter anderem damit rechnen, daß die deutschen Teile aufeinander angewiesen sind und daß es für alle ein Verlustgeschäft wäre, würde das auf die Dauer verhindert. Auch etwas anderes sollte man dann klar, so prophezeien die Befürworter der vorläufigen Teilung: daß im Osten über 20 Millionen und im Westen gegen 50 Millionen Deutsche die beiden Waagschalen belasten würden. Die an-

dere Seite wiederum aber prangert diesen Weg geradezu als ein Verbrechen an der Einheit an. Diese zwei Ansichten stehen sich im Hinblick auf London unversöhnlich gegenüber.

Die Deutschen äußern täglich, man spreche, mit wem man will, einen gemeinsamen Wunsch: wieder zur staatlichen Einheit zusammengeführt zu werden. Sie haben eine Erfahrung aus den Pariser Verträgen von 1919 auf ihrer Seite: daß eine Vermehrung von Grenzen eine Verminderung des Wohlstandes bedeutet. Aus der offensichtlichen Unmöglichkeit einer einheitlichen praktischen Erklärung wirklich bevollmächtigter Persönlichkeiten darf nicht falsch geschlossen werden. Die deutschen Politiker sind notwendigerweise abhängig von den Besatzungsmächten, und wenn einmal eine einmütige, auch wirklich ins Einzelne gehende deutsche Willensäußerung möglich sein wird, dann sind sich auch die Inhaber der Souveränität über Deutschland einig und dann wäre eine deutsche Erklärung schon wieder überflüssig. Ist es zum Reden demnach schon zu spät oder noch zu früh? Und sollen die Deutschen besser schweigen? Die Alliierten kennen die deutschen Wünsche aus vielen Gesprächen. Diese vielfältige persönliche Fühlung ist das sicherste Mittel zur Vernunft. Außerdem gewährleistet sie die leidenschaftslose Betrachtung, worauf es ankommt. Wenn aus dieser Atmosphäre der Vertraulichkeit offizielle Bekundungen entstehen, dann werden diese Bekundungen Realität sein.

Karl L. Andreas.

Arbeitsplatz des Kriegsgefangenen

Es bestehen in der Praxis immer wieder Unklarheiten, ob ein zurückgekehrter Kriegsgefangener einen rechtlichen Anspruch auf seinen Arbeitsplatz hat, den er infolge Einberufung zum Wehrdienst hat verlassen müssen. Grundsätzlich sei hierzu zunächst hervorgehoben, daß das Gesetz vom 1. September 1939 noch Geltung besitzt, wonach dem Wehrdienstpflichtigen alle Rechte an dem Arbeitsplatz erhalten bleiben. Zwei Voraussetzungen sind jedoch an den Anspruch des Arbeitnehmers geknüpft. Der Einzug zur Wehrmacht muß nach dem 1. September 1939 erfolgt sein; kein Anspruch liegt demnach gegenüber aktiven Soldaten vor, die vor Kriegsbeginn zur Wehrmacht gingen. Weiterhin muß sich der zurückgekehrte Kriegsgefangene in angemessener Frist im Betriebe meldet. Richtig ist es, die Zurückmeldung möglichst sofort vorzunehmen. In Erkrankungsfällen genügt eine schriftliche Nachricht, zweckmäßig unter Beifügung einer ärztlichen Bescheinigung, daß der Dienst unmittelbar nach Wiedergenesung angetreten wird. Ihren Anspruch auf den Arbeitsplatz haben solche Entlassene verlor, die Wochen oder gar Monate, „um sich zunächst einmal zu erholen“, verstreichen lassen, ehe sie eine Zurückmeldung vornehmen. — Wie ist es aber, wenn infolge besonderer Umstände der Betrieb zur Wiederherstellung des Arbeitnehmers nicht in der Lage ist. In solchen Fällen tritt nach sozialrechtlichen Gesichtspunkten, welche die Praxis bereits übernommen hat, ein Abgeltungsanspruch des entlassenen Kriegsgefangenen ein. Die einmalige Abfindung wird sich nach den vereinbarten Kündigungsfristen zu richten haben.

Schläft ein Lied in allen Dingen

Zum 50. Todestage Joseph von Eichendorffs. Joseph Freiherr von Eichendorff, der Dichter des deutschen Waldes und seiner schlesischen Heimat, wurde am 19. März 1791 im Schloß Lubowitz bei Rathow geboren. In sorgloser Kindheit wuchs er auf, und die Baumwelt des elterlichen Schlossparks rauchten in seine Jugendbrüste, hielten seine Phantasie wach, auf daß sie reife und diesem Genetischen Ausdruck gebe. Ihm war das Glück hold, wenn er zu Pferde mit seinem Bruder Wilhelm die nähere Umgebung Lubowitz durchstreifte oder auf den Schlössern seiner Verwandten — auf Summin oder Slavikau — die Jünglingszeit in munterer Gesellschaft verbrachte. Mit siebzehn Jahren bezog er die Universität Halle. Zwar war er sich nicht gleich im klaren, welcher Fakultät er sich zuwenden sollte, dem gesellschaftlichen Leben der Stadt aber war er von Anfang an aufgeschlossen. Zwei Jahre später zog ihn die Alma mater Heidelbergs in ihre starken Arme, und er besetzte dort das Studium der Rechte. Seine Tagebücher aus jenen Jahren bezeugen farbentfrohe Skizzen vom Heidelberger Schloß und dem heiter lächelnden Antlitz der alten Neckarstadt. So wuchs aus dem Erlebnis der Landschaft die dichterische Form, so wurde Eichendorff inmitten dieser Hochburg der deutschen Romantik zu ihrem begabtesten lyrischen Vertreter. Begegnungen mit Josef v. Görres, Achim von Arnim, Clemens Brentano, später mit Friedrich und Dorothea Schlegel nährten die Wurzeln seiner Begabung, so daß er 1814 den Dichter der „Undine“, Friedrich de la Motte-Fouqué, um kritische Durchsicht seines 1811 beendeten Romans „Ähnung und Gegenwart“ bat. Das Buch, gestützt auf Nieterschlager Eichendorffscher Wander- seligkeit, erschien ein Jahr später. Es

ist durchsetzt mit herrlichen Perlen der Poesie, und Dorothea Schlegel war es, welche zuerst die Schönheit dieses Prosawerkes erkannte und den jungen Dichter ermutigte, es mit seinem wahren Namen zu veröffentlichen.

Die 1819 erschienene allegorische Novelle „Das Marmorbild“ und seine berühmteste Prosadichtung „Aus dem Leben eines Taugenichts“ tragen, wie der Roman „Ähnung und Gegenwart“, starke biographische Züge, verströmen aber zugleich den Duft der Romantik: Die warmen Mondnächte, die sonnenhellen Tage wollen nicht enden, die murmeltönen Quellen nicht schweigen — ja, hier tönt die ganze Lebenswirklichkeit des lebensfrohen Dichters in jubelnden Worten.

Die bürgerliche Laufbahn Eichendorffs führte ihn 1817 als Referendar nach Breslau, 1820 zum erstenmal nach Berlin ins Kultusministerium. Dann folgte ein Ruf nach Königsberg als Präsidialrat. In diese Zeit fiel die Schöpfung des „Taugenichts“. Zum zweitenmal berief ihn ein ministerielles Amt 1821 nach Berlin, jedoch nahm er nach unüberwindlichen Differenzen mit dem Minister 1824 seinen Abschied, sich fortan nur mehr literarischen Plänen widmend. Von seinen dramatischen Arbeiten hat keine die Zeiten überdauert: lediglich das Lustspiel „Die Freier“ konnte sich bis in die Gegenwart behaupten.

Die schlesische Stadt Neide wurde Eichendorffs Ruhestätte. Hier ist er vor neunzig Jahren, am 26. November 1827, in der Obhut seiner Tochter Therese, gestorben. Sein reifstes Werk, die Biographie „Erlebtes“ ließ er als Fragment zurück. Eichendorff war einer der liebenswertesten und lautersten Vertreter jener verklungenen Zeit, in welcher nach seinen Worten noch „ein Lied in allen Dingen schlief und die Welt arbob zu singen, sobald man nur das Zauberwort traf“. Traute Hildebrandt.

Gebietsforderungen unserer Nachbarn



Holland: Grenzberichtigungen u. a. bel. Koovorden, Groenlo, Kleve, Emmerich und in der Provinz Limburg. Belgien: Ein Waldgebiet an der Grenze. Luxemburg: Streifen bis 10 km Tiefe an der Mosel, Sauer und Our. Frankreich: Wirtschaftsunion mit Saar- gebiet, Lösung des Rheinlandes und Sonderstatus für einen oder mehrere Rheinstaaten, Lösung und Internationalisierung des Ruhrgebietes.

Tschechoslowakei: 120 qkm an den Sudeten, Umgebung von Zittau, Glatz und Ratibor (auch von Polen beansprucht). Polen: Westgrenze Oder-Lausitzer Neiße, etwchl. Insel Wollin und Stettin, Südteil Ostpreußen. Rußland: Nord-Ostpreußen (von den Alliierten in Moskau gebilligt). Dänemark: Südschleswig umfaßt die sogenannte Zone 2, die sich bei der Abstimmung 1920 für Deutschland entschied.

Die Bedeutung holländischer Gebietsansprüche für Deutschland

Aachen, 25. Nov. (Dena). Sollte den holländischen Gebietsansprüchen in Deutschland stattgegeben werden, so würde Deutschland ein fruchtbares Gebiet in der Größe des Saarlandes mit reichen Bodenschätzen verlieren gehen, schreibt die Aachener Volkszeitung. Mit diesem Gebiet würde Deutschland Brotgetreide für mindestens 400 000 Menschen, Kartoffel für eine halbe Million Menschen, Milch für über 150 000 Säuglinge.

133 000 Kinder und 50 000 Kranke vertieren. — Der Verlust an Bodenschätzen würde etwa 1,3 Millionen Tonnen Steinkohle, 7,5 Mill. Tonnen Braunkohle, 48 Mill. Tonnen Kalk, 25 Mill. Tonnen Torf und 1,3 Mill. Tonnen Erdöl ausmachen. Die Tonvorkommen der beanspruchten Gebiete erlauben eine Jahresproduktion von 125 Mill. Dachziegel, mit denen für mindestens 150 000 Menschen jährlich Obdach geschaffen werden könnte.

Deutschland-Rundschau

Veretzte Westzonen

Stuttgart (Dena). Das würt.-badische Staatsministerium hat beschlossen, die Vorschuldung auf Versorgungsberechtigten zu beschränken. Danach wird als Vorschuldung die Hälfte des Versorgungsbetrages gezahlt, jedoch monatlich für Ruhegehalts-Empfänger nur Beträge zwischen 100 und 200 und für Witwen zwischen 100 und 200 Mk. Für Zuschlagsberechtigte Kinder treten hierzu monatlich Zuschläge in Höhe von 20 Mk.

Stuttgart (Eig. Ber.). In einem Ludwigburger Interniertenlager wurde die frühere Privatsekretärin Joseph Goebbels, Lucie Kammer, zu 22 Monaten Arbeitslager und Einzug ihres Vermögens bis auf 2000 Mk. verurteilt. Sie ist in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht worden. Die „alte Kämpferin“ wurde allgemein als äußerst eingebildet und arrogant charakterisiert.

Stuttgart (Dena). Vorbereitende Besprechungen über die Anwerbung von Arbeitskräften aus der US-Zone für Frankreich werden gegenwärtig von den Arbeitsministern der Länder der US-Zone geführt. Ein Termin zur Überweisung dieser Arbeitskräfte nach Frankreich steht noch nicht fest.

Stuttgart (Dena). Der erste Liebesgaben-Transport mit 7000 1-kg-Päckchen für deutsche Kriegsgefangene in Jugoslawien wird am 26. November in Ulm abgehen. Weitere Transporte sollen in den nächsten Tagen nach England, Frankreich, Norwegen, Polen und die Tschechoslowakei abgehen.

Bad Heilbrunn (Dena). Der bayerische Staatskommissar für rassisch, religiös und politisch Verfolgte, Dr. Philipp Auerbach, forderte auf der zweiten Jahreskonferenz der Föderation der Juden aus Polen eine internationale Anleihe in Höhe von 20 Millionen Dollar für Zwecke der jüdischen Auswanderung.

München (Dena). Eine Kürzung der Brotration in Bayern in den nächsten Monaten wird unvermeidlich sein, wenn nicht unverzüglich Schritte zur besseren Erfassung der Getreidemenge unternommen werden, erklärte der Leiter der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft der amerikanischen Militärregierung für Bayern, Mr. George G. Quarles.

Heidelberg (Dena). Die niederländische Regierung hat Vorbereitungen zur Aufnahme von hundert jüdischen Familien — insgesamt etwa 500 Verschiebte — aus der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands getroffen.

Badisches Staatstheater Karlsruhe

„Ein Inspektor kommt!“

Es ist ein Kühner — vielleicht allzu Kühner — Gedanke, alltägliche und bislang durchwegs gesetzmäßige menschliche Handlungen nachträglich mit Schuld und Verantwortlichkeit zu belasten und zum Gegenstand einer Anklage zu machen. Es ist reichlich kühn, auf die Kombination mehrerer solcher Beispiele eine dramatische Bühnenhandlung aufzubauen und es ist allzu kühn, mit einem solchen Schauspiel weltverbessernd wirken zu wollen. Das Gefüge unserer Gesellschaftsordnung hat so viele wirklich moralische Stellen, es gibt so viel tatsächliches Unrecht und so viel unzweifelhafte Schuld, daß es bei aller guten Absicht utopisch bleiben muß, wenn ein Dichter seine Kritik an der menschlichen Gesellschaft auf Verfehlungen stützt, die von niemandem als solche empfunden werden wenn er sie begehrt, und die im praktischen Lebensablauf eigentlich auch keine sind.

John B. Priestley hat mit seinem Schauspiel „Ein Inspektor kommt!“ diesen Versuch dennoch unternommen. In das behaglich-spielerische Milieu einer englischen Fabrikantenfamilie, die (an einem Abend im Jahre 1915) mit zeit- und landestüblichem Drum und Dran die Verlobung der Tochter mit dem Erben der Konkurrenz feiert, platzt (als Genußmaschine) ein Polizeinspektor, der im Verlauf eines scharfsinnigen und hochnotpeinlichen Verhörs jedem Familienmitglied, Vater, Mutter, Tochter, Sohn und auch dem Verlobten die tragischen und schuldhaften Folgen einer Handlungsweise nachweist, die in letzter Konsequenz zum furchtbaren Selbstmord eines jungen Mädchens geführt hat. Die gewollte und teilweise

auch erzielte Erschütterung schwächt der Dichter selbst damit ab, daß er zunächst jedem der Beschuldigten eine durchaus glaubhafte Rechtfertigung in den Mund legt und zuletzt die ganze Handlung als konstruiert hinstellt. Der Inspektor war kein Inspektor und der Selbstmord ist nicht passiert. Er gibt keine Erklärung für die zahllosen Unmöglichkeiten eines solchen Vorgangs, er macht von der dichterischen Freiheit sehr weitgehend Gebrauch und mischt naturalistische Szenen mit problematischen Fiktionen. Die Schlusszene, in der er durch Telefonsprache einen wirklichen Inspektor mit einigen Fragen wegen eines wirklichen Selbstmordes anknüpft, womit gewissermaßen gesagt sein soll, daß es zwar nicht so war, aber immerhin so sein könnte... ist für die an inneren Widersprüchen zusammengesprochene Absicht des Dichters eine recht fragwürdige, krückenähnliche Stütze.

Die Inszenierung Heinz Arimanns verriet in vielen Einzelheiten das ehrliche Bemühen, um eine gelungene Wiedergabe des Werkes. Vielleicht hätte der Versuch, den inneren Widerspruch des Stückes zu überbrücken und entweder betont realistisch oder gewollt surrealistisch zu sein, dem Stück und der Auf-führung nutzen können. Heinz Arimann hat jedoch beiden Komponenten die gleiche Gewissenhaftigkeit angedeihen lassen und die Kontraste damit verdeutlicht. Über die Verantwortung des Autors hinaus geschieht dies, wenn im 1. Akt der Hausherr sich an der Rampe gegen die selbstherrliche Art des Inspektors verhält, während gleichzeitig Sohn und Schwiegerohn in spe den Tisch wie auf Kommando zur Seite tragen und die vorhandenen Stühle im Halbkreis gruppieren. Dieser Umbau bei offener Szene ist unmotiviert und verfehlt zuviel im Voraus. Das durchaus nicht eigenwillige, aber gefällige Bühnenbild

Aus Südbaden

Bevorstehende Kürzung der Zuckerration. Baden-Baden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker ist in der französischen Zone ein schwieriges Wirtschaftspröblem. Die Eigenversorgung aus den beiden Zuckerfabriken Neuf-Ostfeld und Rheingau, die einzigen in der französischen Zone, ist immer unzureichend gewesen, so daß Einfuhren erforderlich waren. In der letzten Kampagne sind von beiden Zuckerfabriken 670 000 Zentner produziert worden. Da die diesjährige Zuckerrückenernte im Durchschnitt um etwa 30 Prozent weniger als im Vorjahr erbracht hat, muß mit einem entsprechenden Abstinken der Zuckerproduktion in dieser Kampagne gerechnet werden. Mit einer Erhöhung der Zuckereinfuhr ist aber nicht zu rechnen. In einer Sitzung der badischen Landesregierung wurde aus einem Referat des Landwirtschafts- und Ernährungsministeriums bekannt, daß das Land Baden in Zukunft auf die Eigenzeugung von Zucker aus der eigenen Rübensätere angewiesen sein wird. Das bedingt eine spätere Kürzung der Rationen.

Baden-Baden. In Baden-Baden ist eine französische Annahmestelle für deutsche Patente geschaffen worden, die die einzige in Deutschland ist. Die angemeldeten Patente unterliegen vorerst keiner Beschränkung. Ihre endgültige Bestimmung wird erst nach Abschluß des Friedensvertrages erfolgen. Durch einen ausländischen Patentinteressenten kann der deutsche Patent-Anmelder die in Baden-Baden erworbenen französischen Patente auch im Ausland verwerten. — Bei einer Besprechung zwischen dem badischen Staatspräsidenten Wohleb und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard unter Beteiligung des Staatsministers Dr. Pfeifer in München wurde die Möglichkeit erwogen, während oder nach der Londoner Konferenz eine deutsche Ausdrache zur Schaffung einer künftigen deutschen Verfassung einzuleiten. — Wie jetzt bekannt wird, behandeln die zuständigen ausländischen Stellen die Auswanderungsanträge von polnisch, russisch oder religiös verfolgten Katholiken bevorzugt. Die Anträge werden von den Caritas-Stellen aus weitergeleitet.

Offenburg. Vor dem Offenburg Landgericht begann der erste badische Presseprozeß wegen öffentlicher Beleidigung. Angeklagt ist der Chefredakteur der kommunistischen Zeitung „Unser Tag“, A. Freilberg. Wie das badische Ministerium des Innern bekannt gibt, wird im Lande Baden vom 1. Dezember 1947 ab eine neue viersprachige Kennkarte eingeführt. Wegen der bestehenden Papierknappheit können vorläufig Neuausstellungen nur an solche Personen erfolgen, die Reisen in andere Zonen unternehmen. Die bisher ausgestellten Kennkarten behalten bis auf weiteres Gültigkeit.

Düsseldorf (Dena). Die z. St. im Umlauf befindlichen Bergmannspunkte sind vom Sonntag ab sofort ungültig, weil in der letzten Zeit in größerem Umfang gefälschte in Umlauf gebracht waren. Französische Zone. Baden-Baden. Im städtischen Krankenhaus Offenburg wurden laut SUDENA am Dienstag „stammesliche Zwillinge“ geboren. Es handelt sich um zwei Mädchen, die schon tot geboren wurden. Sie waren an der Brust zusammenge-wachsen und hatten nur ein Herz. (Dena.) Haslach. Das bei Haslach im Kreisgebiet (Baden) liegende unterirdische Vulkanwerk, in dem während des Krieges viele KZ-Häftlinge schwerste Arbeit leisten mußten und dabei den Tod fanden, wurde gesprengt. Über den zwei Stellen befand sich 30 Meter gewachsener Fels. Zur Sprengung wurden 60 Tonnen Sprengstoff benötigt. Die unterirdischen Anlagen wurden vernichtet. Außerdem hat der Berg keine Veränderung erfahren.

Vierzonenstadt Berlin. Berlin (Dena). Infolge der mangelhaften Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit Textilien und Schuhen und der schlechten Ernährungslage fallen gegenwärtig bei der Berliner Verkehrsgesellschaft rund 30 Prozent und bei der Eisenbahndirektion Berlin 2,5 Prozent der Belegschaft aus.

(Wilfried Otto) hätte eine Anordnung zugelassen, die den Handlungsablauf durch alle drei Akte hindurch unbehindert ermöglicht.

Peter Frank gestaltete den Inspektor mit voller Ausschöpfung seiner unfaßenden darstellerischen Fähigkeiten. Was unklar bleibt an dieser Figur, die per-sönlichste Gewissen sein soll und genau besehen doch nur Hinstenwehheiten in wechselvoller Fassung und Lautstärke zu sagen hat, mag weitgehend auf die Wortwahl des Dichters und die Deutung des Spielleiters zurückgehen. Um ihn herum kommen und gehen im Sinne der Handlung das die scheinheilige und verlogen-selbstbedultere Bürgerlichkeit repräsentierende Fabrikantenpaar, mit dessen Darstellung Rita Grass und Wolfgang Gollisch weitere Beweise ihres kultivierten schauspielerischen Könnens erbrachten, die Tochter Sheila, deren menschlich schöne Reaktion mit spär-samen Mitteln als Lore Hansen um-wandelt, hätte klarer gerechnet werden können, der Sohn Eric, dessen scharfe Erschütterung unter einer wirklichen Schuld durch Heinz Bönning sehr gut nachempfinden war und der (menschlich sympathischste) zwar vor-wortfreudig aber nicht schuldlose Gerald Croft, den K. W. Schöneweiß mit feinen Linien gelungen präsentierte.

Beifall, Blumen und Geschenke bewie-sen mehr den Kontakt zwischen Bühne und Publikum, als die vom Dichter be-scheidigte Wirkung. Felix Richter.

„Wassem Gewissen rein ist, der wird selbst durch heftigstemührende Trüm-mer und über Gräber nicht mit Leicht-sinnigkeit zu schleichen brauchen. Trieb-sal ist kein Heilmittel.“

Kurt Hiller (In einem Vortrag, gehalten auf Ein-ladung des Kulturrats in Hamburg.)

Gestalten Sie...

Ehrlich gesagt, wir waren über-
raucht über den unerwarteten Be-
such. Vor einem Jahr sahen wir
uns, Eine lange Zeit, nicht wahr?
Wir sind darüber nicht stärker ge-
worden. Anders unser Besucher.
Nochmal so dick, direkt „friedens-
mäßig aussehend“, stellten wir stau-
nend fest. Nämlich: das neue
„Karlsruher Adreßbuch 1947!“

Umfang, Aufmachung und techni-
sche Gestaltung können unter den
gegebenen Umständen als sehr an-
sprechend bezeichnet werden. Mit
seinem Behrdrn-, Einwohner-, Häu-
ser- und Gewerbeverzeichnis ist es
wieder der alte Bekannte von einst
und unentbehrliche, zuverlässige
Helfer für alle Einwohner unserer
Stadt und trägt als solcher seinen
üblichen Teil am Wiederaufbau bei.

Neben einer stadtgeschichtlichen
Einleitung mit Abbildungen, finden
wir ein Verzeichnis über Sonntags-
und Nachtdienste der Apotheken, Ka-
lendarium, Fernmeldedienst, Post,
Namen-, Häuser- und Branchen-
Verzeichnis ergänzen aufs beste
und werden allen Anforderungen
gerecht. Offen gestanden: wir waren
sehr erfreut. K.M.

Weltnachtpakete früh aufgeben

Nach Mitteilung der Oberpostdirektion
Karlsruhe müssen Weltnachtpakete
frühzeitig, spätestens bis 1. De-
zember bei den Postämtern aufge-
geben werden, damit die Pakete den
Empfängern rechtzeitig zugestellt wer-
den können.

Wichtig für Körperbeschädigte und Hinterbliebene

Die Landesversicherungsanstalten Baden
und Württemberg haben in einem
gemeinsamen Rundschreiben vom 1. Ok-
tober 1947 die Mitteilung der Kranken-
kassen bei der Durchführung des Ge-
setzes Nr. 74 über Leistungen an Kör-
perbeschädigte vom 21. Jan. 1947 in Würt-
temberg-Baden geregelt. Körperbeschädigte
sind diejenigen Personen, die durch
unmittelbare Kriegswirkungen oder
anlässlich militärischer oder militärähnlicher
Dienstes Gesundheitsbeschädigungen
erlitten haben. Zu den Hinterbliebenen
dieses Personenkreises zählen Witwen,
Waisen und Eltern.

Mit Zustimmung des Arbeitsministe-
riums Württemberg-Baden haben die
beiden Landesversicherungs-
anstalten den Allgemeinen
Ortskrankenkassen, mit Aus-
nahme der Allgemeinen Ortskrankenkassen
in Stuttgart, Ulm, Karlsruhe,
Pforzheim und Heidelberg, bei denen die
Dienststellen der Landesversicherungs-
anstalten zuständig bleiben, die Ent-
gegennahme von Anträgen
aus ihren Kassenbezirken
und deren Vorbereitung über-
tragen. Entgegenkommen wurden
Leistungsanträge jenseitig von Beschädigten
und Hinterbliebenen. In geeigneten
Fällen kann auch zugleich die ver-
trauenskräftige Untersuchung vorgenom-
men werden.

In Zusammenhang mit der Entgegen-
nahme der Anträge erteilen die Allge-
meinen Ortskrankenkassen auch Aus-
kunft über KB-Angelegenheiten, soweit
es dazu auf Grund der ihnen zugäng-
lichen Unterlagen in der Lage sind.
Diese Regelung soll den Körperbeschädigten
und deren Hinterbliebenen die Stellung
der Anträge erleichtern und ihnen
Zeitverlust ersparen. Lp.

Suchdienst des Roten Kreuzes

Die Angehörigen oder Bekannten nach-
stehender Personen wollen sich beim
Suchdienst des Roten Kreuzes, Karlsru-
be, Herrenstr. 36 melden: Uffz. Fritz
Bender, Heimat: Baden; Richard

Mozarts „Requiem“ in der Christuskirche

In dankenswerter Zusammenarbeit brachten
Kirchenmusikdirektor Wilhelm Rumpf
mit dem Chor und dem verstärkten Col-
legium musicum der Hochschule für Musik,
sowie Sophie Höpfer (Soprano), Erika Seeger
(Jungf. Alt), Josef Ellinger (Tenor),
Walther Kraus (Bass) und Ruth Schellert
(Bass) an der Orgel, Mozarts anstrengend
Glanz und vitalster dynamischer Pracht
alle anderen Werke dieser Gattung weit über-
treffendes „Requiem“ zur Aufführung. Gute
Leistungen vollbrachten neben oben genannten
Solisten Erika Seeger-Jungf. vor allem zeigte
sich als hervorragende Oratorienorganistin
Orchester und Chor. Die Registrierung an der
Orgel allerdings veränderte stellenweise die
sehr schön begangenen Ciscedis des Or-
chesters, wodurch die in der Struktur des
Werkes bedingten Steigerungen sehr an Farbe
verloren. Doch war — im Ganzen gesehen —
die Aufführung dank der die Partitur restlos
beherrschenden Leitung Wilhelm Rumpfs
eine ausgezeichnete. Gk.

Zu Gunsten der Nolgemeinschaft sangen
Hildegard Thies, Ruth Löser, Werner
Schupp und Arthur Chwalek „Neben
den Operetten“, insbesondere Ruth Löser, die
hierbei ihr Debut als Sängerin vorzüglich zu
bestehen versuchte, konnte gut gefallen. Ihre
stimmig reize, warme, wenn auch nicht über-
mäßig große Stimme kostete vor allem die
Höhen mit unbeschreiblicher Leichtigkeit. Je-
doch zeigte muntere die Überzeugung von
Mittel- zu Oberstufe noch gewisse Unsauber-
lichkeiten, deren Überbrückung indessen
Friedrich Löser kann Schwierigkeiten bereiten
dürfte. Er noch stark im Lyrischen verhal-
tender Vortrag fand anerkennenden Beifall.
Die Begleitung an zwei Flöten war bei Ka-
pellenmitgliedern Rolf Schickel und Alexander
Furtwängler in besten Händen.

Der stimmungsvolle Klavierabend Max Sauer
tags war wohl seiner Einmaligkeit sich
nicht überzeugend. Wohl zeigte der Pianist
sicheres Können, auch war sein Ansätze im
allgemeinen gut. Doch wirkte die Gestaltung
zu breit und gefühllos und verlor sich
stellenweise in einer Sentimentalität, die die
denkmalige diesbezügliche Aufnahmefähigkeit
des Publikums etwas überstieg.

Kleine Karlsruher Chronik

Auf frischer Tat erwischt. In den Nach-
stunden stellte eine Polizeistreife einem
Gemischdiele, der gerade mit einem
Kaufmann zusammen seine Kraftwagen
mit Schwarzhandelsware belad, um den
Schwarzmarkt in München zu beliefern.
Er wurde hierzu mit einem Ballen Stoff
(etwa 70 m), Damen- und Herrenwäsche,
sowie - Bekleidung, Haarschneidemaschi-
nen, Zigarettens und Tabak beladen. Un-
ter dem doppelten Boden des Fahrzeugs
fanden sich außerdem 204 Flaschen
Wein, etwa 8 Zentner Zwiebel, 5 Pakete
Zimmerkäse sowie einige Kanister
Benzin.

Gefäßt. In der Person eines 27jährigen
Bauführers konnte der Dieb er-
mittelt und festgenommen werden. Er
ist letzter Zeit in verschiedenen Näch-
teilen der Oststadt Lebensmittelkarten
gestohlen hat.

Unfälle. Auf der Kreuzung der Kriegs-
und Hirschrade Allee ein Lastkraft-
wagen mit einem Bewegungskraft-
wagen. Dabei wurde der Kraftwagen-
fahrer lebensgefährlich, sein Beifahrer leicht
verletzt, während das Kraftfahrzeug be-
schädigt wurde. — Auf der Dürmer-
Landstraße fuhr aus noch nicht ge-
klärter Ursache ein Kraftwagenfahrer
einen Radfahrer von hinten an, so daß beide
stürzten. Hierbei erlitt der Kraftwagen-
fahrer einen lebensgefährlichen Schädel-
bruch, während der Radfahrer mit Prellun-
gen an den Beinen davonkam. — Als
ein Schlosser in einer Werkstatt in der
Kaiser-Allee am Ventil eines Schweiß-
apparates herumschaltete, explodierte
desser Inhalt. Hierbei erlitt der Schlosser
Verbrennungen am Gesicht und den
Händen, während in der Werkstatt erhebliche
Gebäudeschäden verursacht
wurden. pp.

Ein Theaterabend der Gesellschaft
„Humortika“ brachte im vollbesetzten

Erst, 38 Jahre, verh., 2 Kinder, aus der
Nähe von Khe.; Lothar Götz, geb.
1907/8, Heim. Khe.; Uffz. Einar Klein,
etwa 59 Jahre, ledig, Heimat: Baden;
Anton Lang, geb. 1910, verh., 4 Kinder,
Heimat: Baden; Martin Mülker,
etwa 29-30 Jahre, verh., Gastwirt,
hatte Verbindung mit zahnem. Heimat:
Khe.; Karl Scherer, 32-34 Jahre,
ledig, Heimat: Khe.; Uffz. Wilhelm
Schork, etwa 31 Jahre, ledig, Land-
wirt, Heimat: Baden; Steiger, etwa
35-40 Jahre, mittl. Größe, Heimat: Ba-
den; Otto Würfel, Lw.Osw., etwa 38
Jahre, verh., Heimat: Khe.; Zach-
mann, etwa 22 Jahre, früher b. d.
S.N. St.Ngt. 135 in 78. Sturm.Div., aus
Umgeb. v. Khe.; Richard Speckert,
etwa 19 Jahre, Schlosser, Eltern sollen
eine kleine Landwirtschaft besitzen,
Heimat: Baden; Kurt Gern, etwa 28
Jahre, verh., bei H.B. beschäftigt ge-
wesen, Heimat: Khe. rk.

Kirchensteuer abzugsfähig

Vom Landesfinanzamt wird uns mit-
geteilt: Die nunmehr in der Neufassung
erschlossene Einkommensteuerverord-
nung über die Kirchensteuer tritt am
1.1.1948 in Verbindung mit § 25 den Abzug der
bezahlten Kirchensteuer bereits bei der
Einkommensteuerveranlagung für das
Kalenderjahr 1948 zu. Es wird den
Steuerpflichtigen empfohlen, in den
jetzt abzugebenden Einkommensteuer-
erklärungen für das Kalenderjahr 1948
unter Sonderausgaben die im Jahr 1947
bezahlte Kirchensteuer besonders einzutragen. Die Arbeitgeber müssen in
die auszufertigenden Lohnsteuerbeschei-
nigungen und Lohnzettel für diejenigen
ihrer Arbeitnehmer, die für das Kalen-
derjahr 1948 veranlagt werden, die ein-
behaltenen Kirchensteuer getrennt von
der einbehaltenen Lohnsteuer ein-
tragen. Beim Finanzamt bereits einge-
reichte, unvollständige Lohnsteuerbe-
scheinigungen und Lohnzettel sind von
den Arbeitgebern dementsprechend zu
ergänzen. Ia.

Wahlversammlungen

Wenzel Jachob, der frühere Vor-
sitzende der sudetendeutschen Sozial-
demokraten, sollte nächsten Sonntag in
einer öffentlichen Versammlung der Neu-
bürger sprechen. Wie uns das Sekretariat
der SPD Karlsruhe mitteilt, wurde Wenzel
Jachob, der sich in London aufhält, aus
außenpolitischen Gründen die Aus-
reise nicht genehmigt. Die Versammlung
fällt deshalb aus.

Heute, Mittwochabend, 20 Uhr, sprechen
in öffentlichen Wahlversammlungen in „Eifen-
stein“ Lachlagabgeordneter Leo Möller
und im „Ziegelsaal“ Oberbürgermeister
Töppel.

Am 12. spricht in der Markthalle, 18 Uhr,
Vorsitzender der SPD, Dr. Kurt Schum-
acher, und am 12., ebenfalls in der Markt-
halle, der Vorsitzende der CDU der Ostzone
Jakob Kaiser.

Finanzminister Dr. Köhler und Bürger-
meister Heurich sprechen am 21. 11.
1938 Uhr, im Konzertsaal der CDU.

Berlin, Sonate op. 103 in A-dur v. M.
Beethoven; 17-20 F. d. Bücherverbund; 17:30
Anschlag; 18:18 Echo a. Baden; 18:30
Sport; 19:06 Auschau, a. „Martha“ v. F.
v. Flotow; 21:00 Hörspiel: „Die lässliche
Sünde“ n. Balzac v. M. Gundermann;
22:10 Havanaise, op. 31 v. C. Saint-Saens;
22:18 Tubaad, Viol., T. Janopoulos, Klav.;
— Donnerst., 21. Nov. 12:00 Landf.;
12:30 Anschlag; 18:15 Zeitf.; 18:45 F. u.
Wertigkeiten; Einzell., o. Königl. von
Schwerbeschädigten; 20:00 Jugendstunde;
20:30 Sendg. d. Militärorg.; 21:00 Abend-
konz.; 4 Tondicht. I. Gr. Ord. n. A.
Döcklin v. M. Reper; „Wallensteins Lager“
v. F. Smetana; „Eine Nacht auf d.
kahlen Berge“ v. M. Musorgsky; 22:00
Wirtschaftspraxis; 22:15 Kammermusik;
Trio f. Flöte, Violoncello u. Klav. v. C.
M. v. Weber; 22:30 „Die Schilffahrt“
v. L. Mozart.

Nachfriste

Übersicht: Auf der Ostbank
eines Hochrückgebietes über dem Nord-
atlantik fließt weiterhin kalte Meeresluft
in unseren Raum. In ihr fließen auf Bergen
über 100 m Schnee.

Vorhersage des Amtes für Wetter-
dienst Karlsruhe, gültig bis Donner-
stagabend: Am Mittwoch noch einzelne
Schauer, auch in niederen Lagen zum
Teil als Schnee. Dann langsames Auf-
klären. Höchsttemperaturen von 6 auf 4
Grad zurückgehen, nachts Frost von
8 bis -3 Grad. Abflauen der zunächst
noch lehnhaften Nordwest-Nord-Winde.

Hier Radio Stuttgart

Tägliche Sendungen: Nachf. 1.45, 12.45,
13.45, 17.45; Stimme Amerikas 1.00, 13.00.
Suchdienst: 8.15 PCIRO, 11.30 Kinder.

Aus den Tagesprogrammen

Mittwoch, 26. Nov.: 13:15 Prozesse der
Zeit; 17:00 Uns. Solisten: Prof. E. Os-
wald, Viol., H. Wollgarten, Klav.; vier
kl. Stücke f. Viol. u. Klav. v. H. Wolf-

Badische Rundschau

Ein falscher Baron

Königlich stand der 35 Jahre alte Kurt
Vogel aus Heidenheim a. d. Brenz wegen
Urkundenfälschung vor dem hiesigen
Amtsrichter. Um wieder als vollwertiges
Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu
gelten und seine frühere Zugehörigkeit
zum SD zu verdecken, erhub er sich
selbst in den Adel. Unter dem Namen
Baron Freiherr Kurt Vogel
von Falkenstein gelang es ihm, in
Pforzheim zu heiraten, eine Kennkarte
zu erwerben und in den Besitz von
Lebensmittelleisten zu kommen. Für sein
„Mein erheben als sein“ erhielt der
schon einmal wegen Urkundenfälschung
Verurteilte, vom Amtsrichter zehn
Monate Gefängnis, außerdem wurden 2
Monate Untersuchungshaft angedroht.
W. B.

Verkehrsunfall bei Pforzheim

In der Nacht zum 24. November stießen
nach Mitteilung der Landespolizei in der
Nähe des Katharinenhofes ein LKW
und ein PKW zusammen. Eine Frau, die
in dem erheblich beschädigten Personen-
wagen saß, erlitt im Gesicht Schnittwun-
den. Der Fahrer des LKW gestohlet,
konnte jedoch bald wieder geflüchtet
werden.

Freiburger Konturbunt

Freiburg hat seit 1. November wieder Groß-
stadt, da die 100 000-Grenze mit 100 250 Ein-
wohner inzwischen überschritten ist. Der
Freiburger Stadtrat hat nunmehr 190,
einmalige Erweiterung, da 53 025 Frauen,
nur 43 718 Männern genehmigt. Die Ange-
hörigen der Besatzungsmacht sind nicht
eingerechnet. Man muß sich wirklich wundern,
wo und wie die Menschen untergebracht sind
und wohnen. — Präsident des Badischen
Landesverbandes Prälat Dr. Kravitz und
Altsenator Robert Gumbach sind zu Ehrenbräu-
ern der Stadt ernannt worden. Beides sind
weitbekannte und hochverehrte Persönlich-
keiten, die ihr Leben in schlichten Weise
für das Gesamtwohl der Bevölkerung ein-
gesetzt haben. — Die städtischen Bühnen brach-
ten in Neubesetzung recht viele Auffüh-
rungen von Lehles „Lustiger Witwe“ und
Goldonis „Kapelkuck“. — Am 27. November gibt sich der Abend
des schweren Bombenstoffs zum drittenmal.
In knapp 25 Minuten lag fast die ganze
Altstadt, die Nordstadt und das nördliche Stadt-
teil Stühlingen in Schutt und Trümmer. In
einem Massengrab ruhen gegen 2000 der Opfer.
Bauern und Krämer in den Ruinen können
nicht erheben, daß auch dort noch viele un-
vergnessene Tage betrauert liegen und jenen-
falls auch Begraben bleiben. — Die Unver-
sichert zahlt im laufenden Wintersemester 2345
Stundenlohn. Für ganz beschickte Zeitsammler
zum Sommersemester 1948 müssen bis zum
29. Januar auf Vorrückte Anträge an das
Universitätssekretariat einreichen werden. — Der Monat geht zur Neige, der Normalver-
braucher hat aber noch nicht die gelungene
November-Erfolgung erhalten. Kinder bis
zu 6 Jahren bekommen 50 g Butter,
Schwerarbeiter G. 1 64 g und Gr. III 372 g.
Die Verteiler müssen diese ungenügenden Gram-
mationen tatsächlich auf 600 Brelwaage aus-

Die Plakatsäule

Die Aufführung des „Bajazet“ von Wolf-
gang Amadeus Mozart wird am Sonntag, 29.
Nov., 13 Uhr, in der Christuskirche wieder-
holt. Näheres im Anzeigenteil. Gk.

Grundsteuerbefreiung für Arbeiterwohnstätten
werden, wie aus vom Landesfinanzamt Baden
ermittelt wird, gemäß § 23 des Grundsteuer-
gesetzes auch für das Rechnungsjahr 1947 in
gleicher Weise wie für 1945 und 1946 an die
Gemeinden bewilligt. Das in Frage kommende
Gesamtpublikum wendet sich in Bezug auf die
Genehmigung an die Gemeinden. Ia.

Verbot des Abnehmens von Plakaten an den
Plakatsäulen. Wir verweisen in Verbindung
darauf auf unseren heutigen Anzeigenteil. Ia.

Der Freiwilligenbund veranstaltet eine
öffentliche Kundgebung mit dem Thema:
„Neubürger Deutschlands“. Näheres im
Anzeigenteil. Ia.

Das neue Karlsruher Adreßbuch 1947 ist in
der Verlagsdruckerei G. Braun erschienen und
dort gegen Rückgabe von 2 kg Altpapier
erhältlich.

Lokalredakteur: Heimat Haag, Karlsruhe
Redaktion: Waldstr. 28, Tel. 4554-4555. Anzei-
genannahme und Vertrieb: Postamt,
Karlsruhe, Karlsruhe, Tel. 2344 (2-wöchig)
Killingen, Kronenstr. 4, Tel. 412

PARTEIEN SPRECHEN ZUR WAHL

Die an dieser Stelle veröffentlichten Beiträge der Parteien zu den Gemein-
de- und Stadtwahlen erstehen außerhalb der Verantwortung der Redaktion.

DVP: Generalstreik

Rund 100 000 Arbeiter protestierten in
Mannheim am 21. November 1947. A.P.
durch eine einstündige Arbeitsleiden-
legung gegen die nach ihrer Ansicht
„völlig ungenügenden Lebensmittelauf-
stellungen“.
Was war passiert? 36 Waggonen Kar-
toffeln, die für sie bestimmt waren,
wurden an ihnen vorbei-„geleitet“, eine
im Zeitalter der bürokratisch gelenkten
Wirtschaft doch eine ganz normale Sache,
an die man sich schon gewöhnt haben
dürfte.
Die Betriebsräte forderten in ihrer Reso-
lution das, was sie schon in wiederhol-
ten Kundgebungen und Resolutionen för-
derten, nämlich alle lebensnotwendigen
Güter zu erfassen und zu verteilen.
Trotzdem sei nichts unternommen wor-
den. Die Verhältnisse hätten sich im Ge-
genteil so verschlechtert, daß man fast
von katastrophalen Zuständen reden könne.
Man sage nicht, es sei nichts unternom-
men worden! Seit die Betriebsräte
entsprechend den Wünschen des Herrn
Kohl und seiner Freunde in die Kontro-
lle der Erzeugung und Verteilung mit-
eingeschaltet worden sind, geht es auf
dem Grauen Markt etwas lebhafter zu
als vorher: Erreicht wurde durch diese
Maßnahme nichts weiter, als daß jetzt
ganz Belegschaften „komponieren“ und
zum Schaden der gesamten Angestellten-
schaft, der Beamten und einer Großteils
der Arbeiter, vor allem der schwer
arbeitenden in der Grundstoff- und Bau-
industrie dem Grauen Markt mit den
Erzeugnissen ihrer Betriebe beliefern.
Das trägt nicht gerade zur Besserung der
Lage des Normalverbrauchers bei.
Wir glauben, daß der allergrößte Teil
der 100 000 Mannheimer Arbeiter Anhän-
ger der sozialistischen Parteien sind. Der
Parteien, die dieses System der „Ge-
lenkten“ bzw. „Plan“-Wirtschaft ver-
weigern wollen. Sie mögen bedenken, daß
dieses System, dessen Platte sich abzu-
zeichnen beginnt, nie einen wirtschaftli-
chen Fortschritt bringen kann. Ein Sys-
tem, errichtet, ohne nach dem Menschen
zu fragen, muß in sich selbst seinen
Untergang dauernd gefahren lassen. daß
solche Menschen durch die fundamentalen,
bedrückenden, vorwärtsstreben-
den menschlichen Eigenschaften durchbrochen
werden. Wie sich das äußert, mögen sie
an den Gründen, die sie zu ihrem Streik
veranlassen, erkennen.
Streik hilft hier nicht. Hier hilft nur
der gem. Programm von der DVP gefor-
derte „langsame Abbau der Zwangs-
wirtschaft“, ein ausgesprochen soziales,
jedoch nicht sozialistisches = menschen-
verwirkelndes Unterfangen.
Auf einmal werden wir es nicht schaf-
fen. Aber am 7. Dezember ist eine Ge-
legenheit gegeben, wenigstens in den Be-
zirken der Selbstverwaltung den Trä-
gern und Hintermännern des Planwirt-
schafts-Systems „Halt“ zurufen. Nur
eine starke DVP ist imstande, zum Wohl
des gesamten Volkes den neuen, einzig
richtigen Kurs zu steuern. —

KPD: Neubürgerprobleme

Man kann nicht mit gutem Gewissen
behaupten, daß in der Stadt und den
umgebenden funktionierendem städtischen
Auswärtigen die einer dringenden Lö-
sung harrenden Neubürgerprobleme mit
jener Großzügigkeit behandelt werden,
die erforderlich ist, um diesen Menschen
das Gefühl zu geben, wirklich in die
Gemeinschaft unserer Bürgerschaft auf-
genommen zu sein. Der Initiative der
kommunistischen Ratsfraktion war es
zuzuschreiben, daß ein Vertreter der
Neubürger vor dem erweiterten inter-
fraktionellen Ausschuss des Stadtrates
die besonderen Nöte der Neubürger
darlegen konnte. Wir stehen vor den
Wahlen, und plötzlich entdecken die
Parteien, daß es da eine große Gruppe
von Menschen gibt, die nicht unbe-
trübtliche Stimmen zu vergeben haben,
und man entdeckt auch prompt sein
Härz für die Neubürger. Wir wissen,
daß viele der Ausgewiesenen aus dem
Osten die tschechischen, polnischen und
ungarischen Kommunisten für ihr Schick-
sal verantwortlich machen, und diesen
Vorwurf aus teilweise auf uns deutsche
Kommunisten übertragen. Sie werden
in dieser Meinung von den Vertretern
aller anderen Parteien bestärkt, für die
es billig ist, die praktische Hilfe durch
eine veränderliche Hetze zu ersetzen.
Wir geben den Neubürgern nur eines
zu bedenken: Nicht die Kommunisten
sind in Polen, der CSSR, Ungarn, Jugo-
slawien und Rußland eingeeifelt. Die
Hitlerarmeen haben durch ihr grau-
sames Völkerverlehen nicht nur furchtbare
Zerstörungen angerichtet und die von ihnen
überfallenen Völker dezimiert, sie ha-
ben mit diesen Untaten auch einen
Haß erzeugt. Dieser Haß ist auch auf
die Volkdeutschen gefallen, nachdem
viele von ihnen vom Dritten Reich
gegen ihre Gastvölker mißbraucht wor-
den. Während des Krieges haben die
polnische und tschechische Exilregierun-
gen, die nicht aus Kommunisten zusam-
mengefasst waren, in London mit dem
Alliierten Abkommen über die Auswe-
nung der Deutchen getroffen. Darüber
spricht man heute nicht, weil das der
antikommunistischen Hetze sagig dien-
lich wäre.

Neubürger! Wir versprechen Euch

Wir treten aber für Euch, wie wir das für alle notle-
denden Menschen tun, mit aller Kraft
ein. Wir betrachten Euch als gleich-
berechtigte Bürger, nicht in der Pro-
zedur, sondern durch die Tat. Eure
Wohnungsprobleme. Eure Unterbringung
in baren Können entsprechende Ar-
beitsplätze und nicht nur beim Schippen,
sind Aufgaben, die wir bereits in An-
griff genommen haben. Ihr teilt mit
vielen Ausgebombten das gleiche
Schicksal. Ihr sie alle kämpfen wir
um ein besseres Dasein. Kämpft mit
uns und wählt die Vertreter Eurer In-
teressen, Kommunisten auf das Rathaus!
F. K. H. Diets, Vorsitzender.

Streik hilft hier nicht

Streik hilft hier nicht. Hier hilft nur
der gem. Programm von der DVP gefor-
derte „langsame Abbau der Zwangs-
wirtschaft“, ein ausgesprochen soziales,
jedoch nicht sozialistisches = menschen-
verwirkelndes Unterfangen.

Auf einmal werden wir es nicht schaf-
fen. Aber am 7. Dezember ist eine Ge-
legenheit gegeben, wenigstens in den Be-
zirken der Selbstverwaltung den Trä-
gern und Hintermännern des Planwirt-
schafts-Systems „Halt“ zurufen. Nur
eine starke DVP ist imstande, zum Wohl
des gesamten Volkes den neuen, einzig
richtigen Kurs zu steuern. —

Streik hilft hier nicht

Streik hilft hier nicht. Hier hilft nur
der gem. Programm von der DVP gefor-
derte „langsame Abbau der Zwangs-
wirtschaft“, ein ausgesprochen soziales,
jedoch nicht sozialistisches = menschen-
verwirkelndes Unterfangen.

Auf einmal werden wir es nicht schaf-
fen. Aber am 7. Dezember ist eine Ge-
legenheit gegeben, wenigstens in den Be-
zirken der Selbstverwaltung den Trä-
gern und Hintermännern des Planwirt-
schafts-Systems „Halt“ zurufen. Nur
eine starke DVP ist imstande, zum Wohl
des gesamten Volkes den neuen, einzig
richtigen Kurs zu steuern. —

Streik hilft hier nicht

Streik hilft hier nicht. Hier hilft nur
der gem. Programm von der DVP gefor-
derte „langsame Abbau der Zwangs-
wirtschaft“, ein ausgesprochen soziales,
jedoch nicht sozialistisches = menschen-
verwirkelndes Unterfangen.

Auf einmal werden wir es nicht schaf-
fen. Aber am 7. Dezember ist eine Ge-
legenheit gegeben, wenigstens in den Be-
zirken der Selbstverwaltung den Trä-
gern und Hintermännern des Planwirt-
schafts-Systems „Halt“ zurufen. Nur
eine starke DVP ist imstande, zum Wohl
des gesamten Volkes den neuen, einzig
richtigen Kurs zu steuern. —

Streik hilft hier nicht

Streik hilft hier nicht. Hier hilft nur
der gem. Programm von der DVP gefor-
derte „langsame Abbau der Zwangs-
wirtschaft“, ein ausgesprochen soziales,
jedoch nicht sozialistisches = menschen-
verwirkelndes Unterfangen.

Auf einmal werden wir es nicht schaf-
fen. Aber am 7. Dezember ist eine Ge-
legenheit gegeben, wenigstens in den Be-
zirken der Selbstverwaltung den Trä-
gern und Hintermännern des Planwirt-
schafts-Systems „Halt“ zurufen. Nur
eine starke DVP ist imstande, zum Wohl
des gesamten Volkes den neuen, einzig
richtigen Kurs zu steuern. —

Streik hilft hier nicht

Streik hilft hier nicht. Hier hilft nur
der gem. Programm von der DVP gefor-
derte „langsame Abbau der Zwangs-
wirtschaft“, ein ausgesprochen soziales,
jedoch nicht sozialistisches = menschen-
verwirkelndes Unterfangen.

Streik hilft hier nicht

Streik hilft hier nicht. Hier hilft nur
der gem. Programm von der DVP gefor-
derte „langsame Abbau der Zwangs-
wirtschaft“, ein ausgesprochen soziales,
jedoch nicht sozialistisches = menschen-
verwirkelndes Unterfangen.

Streik hilft hier nicht

Streik hilft hier nicht. Hier hilft nur
der gem. Programm von der DVP gefor-
derte „langsame Abbau der Zwangs-
wirtschaft“, ein ausgesprochen soziales,
jedoch nicht sozialistisches = menschen-
verwirkelndes Unterfangen.

Ein falscher Baron

Königlich stand der 35 Jahre alte Kurt
Vogel aus Heidenheim a. d. Brenz wegen
Urkundenfälschung vor dem hiesigen
Amtsrichter. Um wieder als vollwertiges
Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu
gelten und seine frühere Zugehörigkeit
zum SD zu verdecken, erhub er sich
selbst in den Adel. Unter dem Namen
Baron Freiherr Kurt Vogel
von Falkenstein gelang es ihm, in
Pforzheim zu heiraten, eine Kennkarte
zu erwerben und in den Besitz von
Lebensmittelleisten zu kommen. Für sein
„Mein erheben als sein“ erhielt der
schon einmal wegen Urkundenfälschung
Verurteilte, vom Amtsrichter zehn
Monate Gefängnis, außerdem wurden 2
Monate Untersuchungshaft angedroht.
W. B.

Verkehrsunfall bei Pforzheim

In der Nacht zum 24. November stießen
nach Mitteilung der Landespolizei in der
Nähe des Katharinenhofes ein LKW
und ein PKW zusammen. Eine Frau, die
in dem erheblich beschädigten Personen-
wagen saß, erlitt im Gesicht Schnittwun-
den. Der Fahrer des LKW gestohlet,
konnte jedoch bald wieder geflüchtet
werden.

Freiburger Konturbunt

Freiburg hat seit 1. November wieder Groß-
stadt, da die 100 000-Grenze mit 100 250 Ein-
wohner inzwischen überschritten ist. Der
Freiburger Stadtrat hat nunmehr 190,
einmalige Erweiterung, da 53 025 Frauen,
nur 43 718 Männern genehmigt. Die Ange-
hörigen der Besatzungsmacht sind nicht
eingerechnet. Man muß sich wirklich wundern,
wo und wie die Menschen untergebracht sind
und wohnen. — Präsident des Badischen
Landesverbandes Prälat Dr. Kravitz und
Altsenator Robert Gumbach sind zu Ehrenbräu-
ern der Stadt ernannt worden. Beides sind
weitbekannte und hochverehrte Persönlich-
keiten, die ihr Leben in schlichten Weise
für das Gesamtwohl der Bevölkerung ein-
gesetzt haben. — Die städtischen Bühnen brach-
ten in Neubesetzung recht viele Auffüh-
rungen von Lehles „Lustiger Witwe“ und
Goldonis „Kapelkuck“. — Am 27. November gibt sich der Abend
des schweren Bombenstoffs zum drittenmal.
In knapp 25 Minuten lag fast die ganze
Altstadt, die Nordstadt und das nördliche Stadt-
teil Stühlingen in Schutt und Trümmer. In
einem Massengrab ruhen gegen 2000 der Opfer.
Bauern und Krämer in den Ruinen können
nicht erheben, daß auch dort noch viele un-
vergnessene Tage betrauert liegen und jenen-
falls auch Begraben bleiben. — Die Unver-
sichert zahlt im laufenden Wintersemester 2345
Stundenlohn. Für ganz beschickte Zeitsammler
zum Sommersemester 1948 müssen bis zum
29. Januar auf Vorrückte Anträge an das
Universitätssekretariat einreichen werden. — Der Monat geht zur Neige, der Normalver-
braucher hat aber noch nicht die gelungene
November-Erfolgung erhalten. Kinder bis
zu 6 Jahren bekommen 50 g Butter,
Schwerarbeiter G. 1 64 g und Gr. III 372 g.
Die Verteiler müssen diese ungenügenden Gram-
mationen tatsächlich auf 600 Brelwaage aus-

Die Plakatsäule

Die Aufführung des „Bajazet“ von Wolf-
gang Amadeus Mozart wird am Sonntag, 29.
Nov., 13 Uhr, in der Christuskirche wieder-
holt. Näheres im Anzeigenteil. Gk.

Grundsteuerbefreiung für Arbeiterwohnstätten
werden, wie aus vom Landesfinanzamt Baden
ermittelt wird, gemäß § 23 des Grundsteuer-
gesetzes auch für das Rechnungsjahr 1947 in
gleicher Weise wie für 1945 und 1946 an die
Gemeinden bewilligt. Das in Frage kommende
Gesamtpublikum wendet sich in Bezug auf die
Genehmigung an die Gemeinden. Ia.

Verbot des Abnehmens von Plakaten an den
Plakatsäulen. Wir verweisen in Verbindung
darauf auf unseren heutigen Anzeigenteil. Ia.

Der Freiwilligenbund veranstaltet eine
öffentliche Kundgebung mit dem Thema:
„Neubürger Deutschlands“. Näheres im
Anzeigenteil. Ia.

Das neue Karlsruher Adreßbuch 1947 ist in
der Verlagsdruckerei G. Braun erschienen und
dort gegen Rückgabe von 2 kg Altpapier
erhältlich.

PARTEIEN SPRECHEN ZUR WAHL

Die an dieser Stelle veröffentlichten Beiträge der Parteien zu den Gemein-
de- und Stadtwahlen erstehen außerhalb der Verantwortung der Redaktion.

DVP: Generalstreik

Rund 100 000 Arbeiter protestierten in
Mannheim am 21. November 1947. A.P.
durch eine einstündige Arbeitsleiden-
legung gegen die nach ihrer Ansicht
„völlig ungenügenden Lebensmittelauf-
stellungen“.
Was war passiert? 36 Waggonen Kar-
toffeln, die für sie bestimmt waren,
wurden an ihnen vorbei-„geleitet“, eine
im Zeitalter der bürokratisch gelenkten
Wirtschaft doch eine ganz normale Sache,
an die man sich schon gewöhnt haben
dürfte.
Die Betriebsräte forderten in ihrer Reso-
lution das, was sie schon in wiederhol-
ten Kundgebungen und Resolutionen för-
derten, nämlich alle lebensnotwendigen
Güter zu erfassen und zu verteilen.
Trotzdem sei nichts unternommen wor-
den. Die Verhältnisse hätten sich im Ge-
genteil so verschlechtert, daß man fast
von katastrophalen Zuständen reden könne.
Man sage nicht, es sei nichts unternom-
men worden! Seit die Betriebsräte
entsprechend den Wünschen des Herrn
Kohl und seiner Freunde in die Kontro-
lle der Erzeugung und Verteilung mit-
eingeschaltet worden sind, geht es auf
dem Grauen Markt etwas lebhafter zu
als vorher: Erreicht wurde durch diese
Maßnahme nichts weiter, als daß jetzt
ganz Belegschaften „komponieren“ und
zum Schaden der gesamten Angestellten-
schaft, der Beamten und einer Großteils
der Arbeiter, vor allem der schwer
arbeitenden in der Grundstoff- und Bau-
industrie dem Grauen Markt mit den
Erzeugnissen ihrer Betriebe beliefern.
Das trägt nicht gerade zur Besserung der
Lage des Normalverbrauchers bei.
Wir glauben, daß der allergrößte Teil
der 100 000 Mannheimer Arbeiter Anhän-
ger der sozialistischen Parteien sind. Der
Parteien, die dieses System der „Ge-
lenkten“ bzw. „Plan“-Wirtschaft ver-
weigern wollen. Sie mögen bedenken, daß
dieses System, dessen Platte sich abzu-
zeichnen beginnt, nie einen wirtschaftli-
chen Fortschritt bringen kann. Ein Sys-
tem, errichtet, ohne nach dem Menschen
zu fragen, muß in sich selbst seinen
Untergang dauernd gefahren lassen. daß
solche Menschen durch die fundamentalen,
bedrückenden, vorwärtsstreben-
den menschlichen Eigenschaften durchbrochen
werden. Wie sich das äußert, mögen sie
an den Gründen, die sie zu ihrem Streik
veranlassen, erkennen.
Streik hilft hier nicht. Hier hilft nur
der gem. Programm von der DVP gefor-
derte „langsame Abbau der Zwangs-
wirtschaft“, ein ausgesprochen soziales,
jedoch nicht sozialistisches = menschen-
verwirkelndes Unterfangen.
Auf einmal werden wir es nicht schaf-
fen. Aber am 7. Dezember ist eine Ge-
legenheit gegeben, wenigstens in den Be-
zirken der Selbstverwaltung den Trä-
gern und Hintermännern des Planwirt-
schafts-Systems „Halt“ zurufen. Nur
eine starke DVP ist imstande, zum Wohl
des gesamten Volkes den neuen, einzig
richtigen Kurs zu steuern. —

KPD: Neubürgerprobleme

